

Satzung der Investitionsbank Berlin

§ 1

Aufgaben der Investitionsbank Berlin

- (1) Die Investitionsbank Berlin (im Folgenden: IBB) ist gemäß § 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Berlin als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts („IBB-Gesetz“) in der Fassung vom 3. Juni 2025 (GVBl. S. 239) die Struktur- und Förderbank des Landes Berlin und nimmt die ihr in § 4 dieses Gesetzes zugewiesenen Aufgaben wahr.
- (2) Für Exportfinanzierungen nach Maßgabe des § 4 Absatz 2 Nummer 5 Investitionsbankgesetz gelten zusätzlich die nachfolgenden Grundsätze:
 1. Beteiligungen der Investitionsbank an Konsortialfinanzierungen mit einem Anteil von bis zu 25 % oder bis zu einer Höhe von 5 Millionen Euro dürfen nur auf Aufforderung durch und unter Führung eines oder mehrerer Kreditinstitute oder Finanzierungsinstitutionen und nicht zu Konditionen erfolgen, die für das Unternehmen günstiger oder für die Investitionsbank ungünstiger als die Konditionen sind, die dem Unternehmen von den anderen am Konsortium beteiligten Kreditinstituten oder Finanzierungsinstitutionen eingeräumt werden. Diese Bedingung ist nicht erfüllt, wenn die Aufforderung und/oder Führung durch ein Förderinstitut oder eine Finanzierungsinstitution erfolgt, die im Verhältnis zur IBB folgende Merkmale aufweist, indem sie direkt oder indirekt:
 - a) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals besitzt; oder
 - b) über die Mehrheit der mit den Anteilen des Unternehmens verbundenen Stimmrechte verfügt; oder
 - c) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens bestellen kann.
 Der Finanzierungsanteil von Förderinstituten darf nicht über 50 % hinausgehen, es sei denn, die beteiligten Konsortien gestehen den Förderinstituten im Einzelfall übereinstimmend einen höheren Anteil zu, der jedoch nicht über 75 % hinausgehen darf.
 2. Bei Beteiligungen der IBB an Konsortialfinanzierungen mit einem Anteil bis zu 25 % oder bis zu einer Höhe von 5 Millionen Euro in eigener Initiative und/oder bei eigener Führung müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein:
 - a) Zusammenarbeit mit mindestens einem Co-Lead-Arranger, der kein Förderinstitut und auch keine Finanzierungsinstitution ist, an beziehungsweise bei der die IBB direkt oder indirekt:
 - aa) die Mehrheit des gezeichneten Kapitals besitzt; oder
 - bb) über die Mehrheit der mit den Anteilen des Unternehmens verbundenen Stimmrechte verfügt; oder
 - cc) mehr als die Hälfte der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans des Unternehmens bestellen kann.
 - b) Dem Begünstigten werden keine günstigeren Konditionen als durch andere am Konsortium beteiligte Kreditinstitute oder Finanzierungsinstitutionen eingeräumt, und die IBB akzeptiert keine Konditionen, die schlechter sind als diejenigen, die von den anderen Kreditinstituten oder Finanzierungsinstitutionen angeboten werden.
 - c) Eine maximale gesamte Beteiligungsquote der IBB von 25 % wird nicht überschritten, es sei denn, die beteiligten Konsortien gestehen der IBB oder den Förderinstituten im Einzelfall übereinstimmend einen höheren Anteil zu, der jedoch nicht über 50 % hinausgehen darf.
 - d) Bereitschaft der IBB, mit allen in der EU niedergelassenen Kreditinstituten konsortial zusammenzuarbeiten.
 3. Alleine kann die IBB nur tätig werden, wenn:
 - a) ein Land aus der OECD-Länderrisikokategorie 7 betroffen ist, oder
 - b) ein Land aus den OECD-Länderrisikokategorien 5 oder 6 betroffen ist, das zugleich in Teil 1 der DAC-Liste aufgeführt ist, und die Finanzierungssumme unter 5 Millionen Euro und die Laufzeit der Finanzierung über 4 Jahren liegt.

Satzung der Investitionsbank Berlin

§ 2

Durchführung von Aufgaben, Ausschlusstatbestände

Eine Wahrnehmung von Aufgaben durch die IBB ist ausgeschlossen, wenn

1. die Durchführung gegen gesetzliche Vorschriften oder gegen die Beihilfев Vorschriften der Europäischen Kommission für Förderinstitute verstoßen würde,
2. die daraus resultierenden Aufwendungen nicht nach Maßgabe von § 12 Absatz 2 Satz 2 Investitionsbankgesetz (Gesamtkostendeckungsprinzip) durch anderweitige Erträge gedeckt werden können oder
3. die Übernahme in offensichtlichem Widerspruch zu den in § 12 Absatz 1 Satz 1 Investitionsbankgesetz genannten Grundsätzen der Geschäftsführung stehen würde.

§ 3

Richtlinien für das Treasury-Management

Zur Begrenzung der im Rahmen des Treasury-Managements eingehbaren Risiken legt der Vorstand auf Basis der Richtlinien des Verwaltungsrats im Rahmen der Risikostrategie klar definierte Verfahren und Limitstrukturen in Bezug auf Marktpreis- und Adressenausfallrisiken fest und setzt dem Geschäftsumfang angemessene Überwachungsstandards. Positionen in derivativen Instrumenten werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung regelmäßig nur zur Risikobegrenzung oder -minderung von Bestandspositionen oder zur Optimierung des Eigenkapitaleinsatzes begründet.

§ 4

Verschwiegenheitspflicht, Interessenkonflikte und Corporate Governance

- (1) Die Mitglieder der Organe sowie ihre Vertreterinnen oder Vertreter haben über vertrauliche Angaben und Geheimnisse der IBB, namentlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, die ihnen durch ihre Tätigkeit in den Organen der IBB bekannt geworden sind, Stillschweigen zu bewahren. Diese Pflicht bleibt auch nach dem Ausscheiden aus dem Organ bestehen.
- (2) Ein Mitglied der Organe darf an der Beratung und der Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht teilnehmen, deren Entscheidung ihm selbst, seinem Ehegatten, seinen Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen Person einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, oder wenn es aus anderen Gründen befangen ist. Im Zweifel entscheidet das Gremium unter Ausschluss des betroffenen Mitglieds darüber, ob diese Voraussetzungen gegeben sind.
- (3) Der Vorstand und der Verwaltungsrat wenden den Berliner Corporate Governance Kodex (BCGK) in der jeweiligen von der Senatsverwaltung für Finanzen herausgegebenen Fassung an. Die Erklärung ist mindestens für die Dauer der auf die Abgabe folgenden fünf Geschäftsjahre öffentlich auf der Internetseite des Unternehmens zugänglich zu machen.
- (4) Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge oder andere Geschäfte von Mitgliedern des Verwaltungsrats mit der IBB bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrats.
- (5) Sponsoring zugunsten von politischen Parteien, ihrer Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie sonstiger Mitglieder ist ausgeschlossen.
- (6) Die IBB erfüllt ihre gesetzlichen Pflichten in Bezug auf die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Sofern sie nicht gesetzlich zur Nachhaltigkeitsberichterstattung im Sinne der Gesetzgebung auf Grundlage der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) oder einer ihr nachfolgenden Gesetzesregelung verpflichtet ist, berichtet die IBB nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex oder einem anderen vom Land Berlin festgelegten Berichtsformat.

Satzung der Investitionsbank Berlin

§ 5 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus der oder dem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Mitglied. Mitglied des Vorstands kann nur sein, wer zugleich auch zum Mitglied des Vorstands der IBB Unternehmensverwaltung (im Folgenden: IBB UV) bestellt ist. Über die Bestellung, Abberufung und Anstellungsbedingungen der Vorstandsmitglieder beschließt der Verwaltungsrat. Die oder der Vorstandsvorsitzende wird vom Verwaltungsrat bestimmt.
- (2) Die Bestellung des Vorstands erfolgt für höchstens fünf Jahre, die erste Bestellung in der Regel für drei Jahre. Wiederholte Bestellungen für jeweils maximal fünf Jahre sind zulässig. Über die Wiederbestellung des Vorstands ist spätestens sechs Monate vor Ablauf der jeweiligen Bestellungsperiode zu beschließen. Schließt die IBB für die Geschäftsführung eine D&O-Versicherung ab, so ist ein Selbstbehalt von mindestens 10% des Schadens bis mindestens zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Geschäftsführungsmitglieds zu vereinbaren.
- (3) Der Verwaltungsrat kann ein Vorstandsmitglied abberufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund ist insbesondere grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder eine nachhaltige und erhebliche Störung des Vertrauensverhältnisses.
- (4) Die Geschäftsordnung für den Vorstand beschließt der Verwaltungsrat auf Vorschlag des Vorstands. Die oder der Vorsitzende des Vorstands regelt die Geschäftsverteilung im Vorstand im Einvernehmen mit den anderen Vorstandsmitgliedern. Sie oder er informiert den Verwaltungsrat über die getroffene Regelung.

§ 6 Aufgaben und Befugnisse des Vorstands

- (1) Der Vorstand führt die Geschäfte der IBB in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, dieser Satzung, der vom Verwaltungsrat beschlossenen Richtlinien, der Beschlüsse des Verwaltungsrats sowie der für ihn geltenden Geschäftsordnung und sorgt für deren Einhaltung. Unabhängig von Zustimmungsvorbehalten und generellen Berichtspflichten hat der Vorstand den Verwaltungsrat über wesentliche Angelegenheiten der IBB zu unterrichten. Er ist für die Durchführung der Beschlüsse des Verwaltungsrats und der Trägerversammlung verantwortlich.
- (2) Die Mitglieder des Vorstands sind unbeschadet der Geschäftsverteilung für die Führung der Geschäfte der IBB gemeinsam verantwortlich. Die Mitglieder des Vorstands sind gemeinsam befugt, Bevollmächtigte zu bestellen.
- (3) Die Geschäftsführungsbefugnis der Mitglieder des Vorstands erstreckt sich auf alle Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb des Unternehmens mit sich bringt. Für Geschäftsführungshandlungen, die darüber hinausgehen, bedarf es der Zustimmung des Verwaltungsrats. Die nach bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben bestehenden Rechte und Pflichten des Vorstands insbesondere gemäß § 25a KWG bleiben unberührt.
- (4) Der Vorstand kann mit Zustimmung des Verwaltungsrats Prokuren erteilen und auch Verhinderungsvertreterinnen und Verhinderungsvertreter bestellen.
- (5) Der Vorstand trifft seine Entscheidungen in der Regel nach kollegialer Beratung durch Beschluss. Bei Verhinderung eines Vorstandsmitglieds an der Beschlussfassung wird dieses durch eine vom Vorstand mit Zustimmung des Verwaltungsrats hierzu bevollmächtigte Person vertreten. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Vorstands an der Beschlussfassung teilnehmen oder ordnungsgemäß vertreten sind. In jedem Fall muss jedoch mindestens ein Vorstandsmitglied an der Beschlussfassung teilnehmen.

Satzung der Investitionsbank Berlin

- (6) Der Vorstand vertritt die IBB gerichtlich und außergerichtlich. In Angelegenheiten, die Vorstandsmitglieder betreffen, wird die IBB vom Verwaltungsrat vertreten. Für ihn handelt die oder der Vorsitzende, im Vertretungsfall die Stellvertreterin oder der Stellvertreter.
- (7) Der Vorstand soll für eine nachhaltige Unternehmensführung sorgen.
- (8) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 7

Vertretungs- und Zeichnungsbefugnisse

- (1) Die IBB wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied und eine vom Vorstand bestellte zeichnungsberechtigte Person oder durch zwei bestellte Zeichnungsberechtigte vertreten. Für den laufenden Geschäftsverkehr oder für bestimmte Geschäfte kann der Vorstand abweichende Regelungen treffen.
- (2) Namen und Unterschriften der für die Investitionsbank Zeichnungsberechtigten sind durch Registereintragung, Unterschriftenverzeichnisse, Aushänge oder in sonstiger geeigneter Weise bekannt zu geben.
- (3) Rechtsgeschäftlich verbindliche Erklärungen der Investitionsbank müssen unter dem gesetzlichen Namen „Investitionsbank Berlin“ oder „IBB“ erfolgen.

§ 8

Verwaltungsrat

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus zwölf in § 10 Abs. 1 des Investitionsbankgesetzes näher bestimmten Mitgliedern. Die oder der Vorsitzende und die oder der stellvertretende Vorsitzende werden aus der Mitte des Verwaltungsrats gewählt. Der Beschluss bedarf der Zustimmung von sechs der durch die Trägerversammlung bestellten Verwaltungsratsmitglieder. Willenserklärungen des Verwaltungsrats werden im Namen des Verwaltungsrats durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden abgegeben; Willenserklärungen gegenüber dem Verwaltungsrat werden durch sie bzw. ihn entgegengenommen.
- (2) Die Amtszeit der Verwaltungsratsmitglieder endet mit Widerruf der Bestellung der Verwaltungsratsmitglieder der IBB UV durch die Trägerversammlung der IBB UV oder spätestens mit Beendigung der Trägerversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt, wobei das Jahr der Bestellung nicht mitgerechnet wird. Erneute Bestellungen sind zulässig. Nach Ablauf der Amtszeit führen die bisherigen Mitglieder die Geschäfte des Verwaltungsrats bis zur Bestellung eines neuen Verwaltungsrats fort.
- (3) Zum Verwaltungsratsmitglied darf nur bestellt werden, wer besondere wirtschaftliche Erfahrungen und Sachkunde besitzt, die den Anforderungen des § 25d des Kreditwesengesetzes genügen.
- (4) Die Personalvertretung kann die von ihr bestellten Mitglieder jederzeit abberufen.
- (5) Bei vorzeitigem Ausscheiden eines bestellten Mitgliedes aus dem Verwaltungsrat wird unverzüglich ein neues Mitglied für die restliche Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitgliedes bestellt.
- (6) Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten eine von der Trägerversammlung festzusetzende angemessene Vergütung bis zu einer Höhe, die sich nach deren Verantwortung und Tätigkeitsumfang sowie der wirtschaftlichen Lage und dem Erfolg der IBB bemisst. Schließt die IBB für den Verwaltungsrat eine D&O-Versicherung ab, so soll ein Selbstbehalt von mindestens 10 % des Schadens, aber nur bis mindestens zur Höhe von 25 % der jährlichen Verwaltungsratsvergütung vereinbart werden.

Satzung der Investitionsbank Berlin

§ 9

Aufgaben des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat beschließt insbesondere über
1. die Bestellung und den Widerruf der Bestellung der Mitglieder des Vorstands, den Abschluss (einschließlich der wesentlichen Vertragsbestandteile und der Entscheidung über die Vergütung und deren Kriterien), die Änderung, die Aufhebung oder die Kündigung der Anstellungsverträge des Vorstands sowie die Geltendmachung etwaiger Ersatzansprüche,
 2. die Zielvereinbarungen mit den Mitgliedern des Vorstands,
 3. die Entlastung der Mitglieder des Vorstands,
 4. die Bestellung der Abschlussprüferin oder des Abschlussprüfers,
 5. die Beauftragung einer Prüfung nach den Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19.08.1969 in der jeweils geltenden Fassung inklusive eines vertraulichen Berichtes über die Bezüge der Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats sowie der leitenden Angestellten (Bezügebericht),
 6. die Feststellung des Jahresabschlusses,
 7. den Wirtschaftsplan,
 8. die Bestellung von Prüfenden in besonderen Fällen,
 9. Vorschläge zur Beschlussfassung der Trägerversammlung,
 10. Kredite gemäß § 15 des Kreditwesengesetzes (Organkredite),
 11. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, wenn der Geschäftswert 2 Millionen Euro übersteigt,
 12. den Verzicht auf Forderungen der Bank von über 2 Millionen Euro,
 13. die Einleitung oder die Beendigung von Rechtsstreitigkeiten von besonderer Bedeutung mit Ausnahme von Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz und aus und im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Förderprogrammen,
 14. die Richtlinien und Grundsätze für die Bankgeschäfte, insbesondere Exportfinanzierungen,
 15. die Richtlinien für die Risikobegrenzung im Treasurygeschäft,
 16. die Bestellung des Vorsitzenden des Beirats,
 17. die Vergütung für die Beiratsmitglieder,
 18. den Erlass der Geschäftsordnungen für den Verwaltungsrat und dessen Ausschüsse, den Beirat sowie für den Vorstand.
- (2) Der Verwaltungsrat kann festlegen, dass weitere Geschäfte und Maßnahmen, die für die Bank von besonderer Bedeutung sind, seiner Zustimmung bedürfen.
- (3) Dem Verwaltungsrat ist Bericht zu erstatten:
1. jährlich über
 - a) die beabsichtigte Geschäftspolitik einschließlich Personalplanung und Organisation,
 - b) die Umsetzung der in Buchstabe a) genannten Planungen,
 - c) die wesentlichen Prüfergebnisse der Internen Revision; über besonders schwerwiegende Feststellungen ist der Verwaltungsrat umgehend in Kenntnis zu setzen;
 2. halbjährlich über
 - a) die Entwicklung des Fördergeschäfts,
 - b) den Verzicht auf Forderungen, wenn der Verzicht nicht an die Zustimmung des Verwaltungsrats gebunden war, zusammengefasst nach Zahl und Gesamtsumme der den Verzichtsbetrag von 5.000 Euro übersteigenden Einzelfälle, sowie über Einzelfälle, bei denen der Verzichtsbetrag 200.000 Euro übersteigt;
 3. mindestens viermal im Kalenderjahr über die geschäftliche Entwicklung einschließlich der Ertragslage;
 4. im Übrigen entsprechend den gesetzlichen und regulatorischen Anforderungen.

Satzung der Investitionsbank Berlin

§ 10

Sitzungen des Verwaltungsrats

- (1) Der Verwaltungsrat muss mindestens viermal im Kalenderjahr zusammentreten und im Übrigen so oft es die Geschäfte erfordern. Die Einladung erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende des Verwaltungsrats, beziehungsweise, soweit diese oder dieser verhindert ist, durch die Stellvertreterin oder den Stellvertreter. Die Einladung soll so rechtzeitig abgesandt beziehungsweise den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden, dass sie den Mitgliedern des Verwaltungsrats mindestens drei Wochen vor der Sitzung zugeht.
- (2) Im Regelfall finden die Sitzungen des Verwaltungsrats als Präsenzsitzungen statt. Ausnahmen hiervon können in der Geschäftsordnung des Verwaltungsrats zugelassen werden.
- (3) Die Mitglieder des Vorstands nehmen an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil, soweit der Verwaltungsrat nicht im Einzelfall etwas Anderes bestimmt.
- (4) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner nach dem Gesetz zu bestellenden Mitglieder, darunter die Vorsitzende oder der Vorsitzende beziehungsweise die Stellvertreterin oder der Stellvertreter teilnehmen.
- (5) Die Beschlussfassung erfolgt mit der Mehrheit der Stimmen der teilnehmenden Mitglieder des Verwaltungsrats. Näheres zur Zulässigkeit weiterer Formen der Beschlussfassung, insbesondere die Zulässigkeit von schriftlichen Stimmabgaben (Stimmbotschaften) regelt die Geschäftsordnung. Beschlüsse über die Bestellung und den Widerruf der Bestellung der Vorstandsmitglieder, Beschlüsse der Geschäftsordnungen des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse sowie alle Beschlüsse im Zusammenhang mit den der IBB übertragenen öffentlichen Aufgaben bedürfen zugleich der Zustimmung von sechs der von der Trägerversammlung bestellten Mitglieder. Dies gilt auch im Falle des Absatzes 6 Satz 1. Stimmenthaltungen werden bei der Ermittlung des Stimmenverhältnisses nicht mitgerechnet. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der oder des Vorsitzenden beziehungsweise, soweit diese oder dieser verhindert ist, der Stellvertreterin oder des Stellvertreters. Auf Antrag eines Mitgliedes ist geheim abzustimmen.
- (6) In eiligen Fällen können Beschlüsse auch außerhalb von Sitzungen gefasst werden, soweit nicht innerhalb von sieben Tagen ein Mitglied des Verwaltungsrats dem Verfahren widerspricht.
- (7) Über jede Sitzung des Verwaltungsrats ist eine Niederschrift anzufertigen.
- (8) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 11

Ausschüsse

- (1) Die Zuständigkeit, die Zusammensetzung und die Beschlussfassung der Ausschüsse des Verwaltungsrats wird durch Geschäftsordnungen geregelt, die vom Verwaltungsrat erlassen werden.
- (2) Die Mitglieder des Vorstands nehmen an den Sitzungen der Ausschüsse teil, soweit ein Ausschuss nicht im Einzelfall etwas Anderes bestimmt.

§ 12

Trägerversammlung

- (1) Die Trägerversammlung besteht aus den in § 11 Abs. 1 des Investitionsbankgesetzes näher bestimmten Mitgliedern. Die Trägerversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) Die Trägerversammlung beschließt insbesondere über
 1. die Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder,
 2. die Satzung und ihre Änderungen,

Satzung der Investitionsbank Berlin

3. die Verwendung des Bilanzgewinns und die Deckung von Verlusten,
4. die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats.

§ 13

Sitzungen der Trägerversammlung

- (1) Die Trägerversammlung tritt mindestens einmal jährlich und im Übrigen so oft es die Geschäfte erfordern zusammen. Das vorsitzende Mitglied der Trägerversammlung beruft die Trägerversammlung schriftlich mindestens 14 Tage vor der Sitzung ein. Die Tagesordnung und wesentliche Unterlagen sind der Einladung beizufügen.
- (2) Die Trägerversammlung hat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, wenn ein Mitglied der Trägerversammlung, oder wenn die Mehrheit des Verwaltungsrats oder der Vorstand die Einberufung verlangen, und zwar unter Angabe von Zweck und Gründen sowie eines Vorschlags zur Tagesordnung.
- (3) Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 14

Beirat

- (1) Der bei der IBB gebildete Beirat hat die Aufgabe, Vorstand und Verwaltungsrat in allgemeinen, die IBB betreffenden Fragen zu beraten und die IBB bei der Wahrnehmung ihrer Belange zu unterstützen.
- (2) Die Mitglieder des Beirats werden auf Vorschlag des Vorstands durch den Verwaltungsrat für die Dauer von vier Jahren berufen. Erneute Berufungen für jeweils vier Jahre sind zulässig.
- (3) Die oder der Vorsitzende des Beirats wird vom Verwaltungsrat bestimmt.
- (4) Der Beirat ist mindestens einmal im Jahr von der oder dem Vorsitzenden einzuberufen. Der Vorstand nimmt an den Sitzungen des Beirats teil.
- (5) Der Verwaltungsrat erlässt eine Geschäftsordnung für den Beirat. An die Mitglieder des Beirats kann eine vom Verwaltungsrat festzusetzende Vergütung bezahlt werden.
- (6) § 4 Absatz 1 gilt entsprechend.

§ 15

Bekanntmachungen

Soweit nach den gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen dieser Satzung oder der Anordnung des Anstaltsträgers öffentliche Bekanntmachungen erforderlich sind, erfolgen diese im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 16

Umsetzung von Landesrecht

- (1) Die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) in der jeweils geltenden Fassung sind von der IBB entsprechend anzuwenden. Das gilt insbesondere für die Erstellung eines Frauenförderplans, für Stellenbesetzungsverfahren einschließlich der Besetzung von Vorstandspositionen sowie für die Wahl von Frauenvertreterinnen.
- (2) Die Ziele und Grundsätze des Gesetzes zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin (PartMigG), des Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG)

Satzung der Investitionsbank Berlin

sowie § 5 des Landesmindestlohngesetzes (LMiLoG) sind zu beachten. Die IBB trägt zur Erreichung der Ziele und Zwecke des Klimaschutz- und Energiewendegesetzes Berlin (EWG Bln) nach dessen § 7 bei.

§ 17 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 24.09.2025 in Kraft.